



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 8/2011  
April 2011 (2)

*Liebe Leserinnen und Leser,*

ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Osterfest, gute Erholung und schöne Stunden mit Ihren Familien und Freunden!

Ihre

*Antje Tillmann*



### Debatte über Präimplantationsdiagnostik

In dieser Woche haben wir über die Präimplantationsdiagnostik debattiert. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages haben bislang für je einen der drei Gesetzentwürfe ihre Unterstützung erklärt. Die Entscheidung zur PID ist eine persönliche Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten. Es geht darum, dem Lebensschutz und der Würde allen menschlichen Lebens bestmöglich gerecht zu werden.

Ich unterstütze den Antrag für ein komplettes Verbot der PID.

Argumente, die zu meiner Entscheidung geführt haben, sind:

- Eine Gesellschaft, in der der Staat darüber entscheidet, welches Leben gelebt werden darf und welches nicht, verliert ihre Menschlichkeit. Die Akzeptanz für das Verfahren, auf Probe erzeugte Embryos mit einer bestimmten Erkrankung oder Behinderung aussortieren zu können, stellt unterschwellig einen Angriff auf die Würde eines jeden Menschen mit diesen Erkrankungen oder Behinderungen dar.

- Internationale Erfahrungen zeigen, dass eine Begrenzung auf Einzelfälle nicht möglich ist.
- Eine Zulassung der PID würde auf potenzielle Eltern sozialen Druck ausüben. Sie müssten sich vor der Gemeinschaft rechtfertigen, wenn sie die PID ablehnen und ein Kind mit Beeinträchtigungen bekommen.
- Auch durch die PID ist eine spätere Pränataldiagnostik (PND) und ein eventueller Spätabbruch der Schwangerschaft nicht auszuschließen. Nach einer Erhebung in den Ländern, in denen die PID angewandt wird, fand in 42 Prozent der überprüften Fälle zur Absicherung der PID nachträglich eine invasive pränatale Diagnostik statt.
- Um eine PID durchführen zu können, müssen Paare eine künstliche Befruchtung (IVF) auf sich nehmen, obwohl sie auf natürliche Weise fortpflanzungsfähig sind. Die IVF ist für die betroffenen Frauen mit erheblichen körperlichen und seelischen Belastungen verbunden. Die durch IVF gezeugten Kinder haben ein erhöhtes Fehlbildungsrisiko und oft ein niedriges Geburtsgewicht.
- Die PID für bestimmte Indikationen zuzulassen, die durch einen Katalog festgelegt werden, lädt zur Ausweitung auf weitere Indikationen ein. Hierdurch würde die Ausnahme vom gesetzlichen Verbot abhängig gemacht vom jeweils aktuellen Stand des medizinischen Fortschritts und damit weder Rechtssicherheit noch eine die Eltern befriedigende Abgrenzung geschaffen.

### Bessere Ärzteversorgung für Thüringen

Die Bundesregierung hat jetzt Eckpunkte für eine bessere Ärzteversorgung vorgelegt.

Die Regelungen sind insbesondere für die ländlichen Regionen in Thüringen, in denen zum Teil mehr als 500 Einwohner auf einen Arzt kommen, eine Chance zu einer verbesserten flächendeckenden, wohnortnahen und bedarfsgerechten Ärzteversorgung.

Mit einem umfassenden Katalog von Anreizen und finanziellen Unterstützungen wird es Ärzten erleichtert, sich in ländlichen oder strukturschwachen Regionen niederzulassen.

Auf folgende Eckpunkte hat sich die Koalition verständigt:

- Die Länder erhalten mehr Mitwirkungsrechte bei der Bedarfsplanung. Damit können künftig regionale Besonderheiten besser berücksichtigt werden.
- Ärzte, die bereit sind, sich in unterversorgten Regionen niederzulassen, erhalten eine Vielzahl von finanziellen Anreizen.
- Ärzte, die sich zunächst in unterversorgten Bereichen neu niederlassen, werden künftig bei der Auswahl zur Nachbesetzung von Arztsitzen in überversorgten Bereichen besonders berücksichtigt. Damit soll erreicht werden, dass eine Niederlassung in einer ländlichen Region nicht wie eine unabänderliche Lebensentscheidung empfunden wird.
- Über die Verteilung der Honorare der ambulanten Ärzte wird künftig wieder auf der Ebene der Kassenärztlichen Vereinigungen entschieden.
- Der Ausbau der Telemedizin im ländlichen Raum wird durch eine bessere Vergütung gefördert.

Bei der Umsetzung besteht offensichtlich noch Abstimmungsbedarf zwischen Bund und Ländern. Diese Differenzen sollten bald ausgeräumt werden, damit das Gesetz auch im Bundesrat Zustimmung findet.

>>> Die Eckpunkte finden Sie auf meiner Homepage.

---

#### **Vorteile bei behindertengerechtem Umbau**

Der behindertengerechte Umbau einer Wohnung kann steuermindernd geltend gemacht werden. Das gilt auch dann, wenn die Wohnung neu gekauft und der Umbau von Beginn an langfristig geplant wurde, so der Bundesfinanzhof (BFH).

Die Kosten durch die behindertengerechte Gestaltung einer Wohnung seien Ausgaben, die der Mehrzahl der Steuerzahler in vergleichbaren Verhältnissen nicht entstehen. Dabei stehe nicht der höhere Gegenwert des Gebäudes im Vordergrund, sondern die "Zwangsläufigkeit", die sich aus der Behinderung ergebe.

---

#### **Ostereiersuchen mit kleinen Gisperslebenern**

Es ist schon eine kleine Tradition: Eine Woche vor Ostern werden in den Kitas in Gispersleben die Ostereier eingesammelt. Auch hat es Tradition, dass ich dieses Fest gemeinsam mit der Ströer DSM unterstütze. Am Samstag, 16. April, 16.00 Uhr geht's im Garten der Kita „Bussi Bär“ am Kilianpark 5 los.



Jahresempfang der CDU Erfurt und der CDU-Stadtrats-Fraktion.

---

#### **Neuverschuldung sinkt bis 2014 deutlich**

Dank der erfolgreichen Finanz- und Haushaltspolitik der Union und des starken Wirtschaftswachstums schafft Deutschland mit 2,5 Prozent schon in diesem Jahr die Rückkehr unter die europäische Defizitgrenze von drei Prozent. 2012 soll das Staatsdefizit auf eineinhalb Prozent sinken, 2013 auf ein Prozent und 2014 auf einen halben Prozentpunkt der Wirtschaftsleistung. Das mittelfristige Ziel des Europäischen Stabilitätspakts würde damit schon 2014 erreicht. Mit einer Neuverschuldungsquote von 0,5 Prozent wäre die Regierung in drei Jahren nahe dem seit langem gesteckten Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts.

Bei der Schuldenstandsquote bleibt Deutschland allerdings noch auf absehbare Zeit vom EU-Zielwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weit entfernt. Dem Stabilitätsprogramm zufolge fällt dieser Wert im laufenden Jahr auf 82 Prozent vom letztjährigen Rekord von 83,2 Prozent. Auch hier rechnet die Regierung mit einem kontinuierlichen Rückgang auf letztlich 75,5 Prozent im Jahre 2015. Da wir jedoch noch immer neue Schulden aufnehmen, steigt der Schuldenberg weiter an: Der aktuelle Schuldenstand liegt bei 2,080 Billionen Euro.

---

#### **Spruch der Woche**

**„Der Aufschwung ist wie ein guter Osterzopf.  
Je länger er geht, desto breiter wird er.“**

*(Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle)*

---

#### **Impressum**

Antje Tillmann MdB

[antje.tillmann@bundestag.de](mailto:antje.tillmann@bundestag.de)

Redaktion: Johannes Nehlsen, 15. April 2011

---